



Medienmitteilung

SP FORDERT SOLIDARITÄT MIT DEM LOKALEN GEWERBE!

Die SP Obwalden unterstützte die an der Kantonsratssitzung vom 1. April 2021 behandelten dringlichen Motionen der CVP und CSP. Für die SP ist klar, die von der Covid-Pandemie besonders betroffenen Obwaldner Unternehmen müssen jetzt grosszügig unterstützt werden. Es braucht jetzt eine schnelle, transparente und unkomplizierte Auszahlung der Härtefallgelder. Leider lassen der Regierungsrat und ein Teil der bürgerlichen Parteien die Kleinbetriebe im Stich.

An der Kantonsratssitzung vom 1. April 2021 beantragte der Regierungsrat Obwalden einen Zusatzkredit von 17 Millionen Franken, damit dieser den maximalen Höchstbetrag an Bundesmitteln zur Bewältigung der Covid-Pandemie auslösen kann. Die SP Obwalden begrüsst diesen Entscheid der Obwaldner Regierung, insbesondere auch deshalb, weil für einige Branchen eine uneingeschränkte Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit noch nicht absehbar ist.

Gleichzeitig kritisiert die SP Obwalden den Regierungsrat für die zögerliche Auszahlung. Im Vergleich zu anderen Kantonen ist Obwalden bei den Auszahlungen im Rückstand. Nun muss die Obwaldner Regierung die Auszahlungen, die eben angelaufen sind, forcieren, damit das lokale Gewerbe zügig die dringend nötige Unterstützung erhält. «Wichtig ist, dass die Unternehmen nun schnell Planungssicherheit bekommen», sagt Guido Cotter, SP-Kantonsrat Sarnen.

Die SP Obwalden unterstützte die an der Kantonsratssitzung vom 1. April behandelten dringlichen Motionen von CVP und CSP. Eine Mehrheit des Kantonsrates stimmte den Motionen zwar zu, doch die notwendige 2/3 - Mehrheit kam nur bei der Motion von Daniel Windisch zustande. Sowohl die Vergrösserung des Zeitfensters zur Berechtigung zum Einreichen eines Härtefallgesuches wie auch die Einführung des Rekursrechts, sind für die SP Obwalden eine Selbstverständlichkeit. Warum der Regierungsrat keine Rechtsmittel gegen Entscheide der Expertenkommission vorsah und auch in Zukunft nicht einräumen will, ist für die SP Obwalden unverständlich.



Medienmitteilung

Sarnen, 1. April 2021

Auch die Herabsetzung des Mindestumsatzes auf 50'000 Fr. fordert die SP-Obwalden bereits in früheren Kanonsratsitzungen. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Obwaldner Regierungsrat die Grenze bei Fr. 100'000 - als einziger Kanton in der Schweiz beibehält. Die Begründung des fehlenden wesentlichen volkswirtschaftlichen Beitrages der Kleinbetriebe empfindet die SP Obwalden als Beleidigung der betroffenen Kleinunternehmen. «Wir dürfen die Kleinbetriebe nicht im Stich lassen», appelliert Guido Cotter an die Obwaldner Regierung. Die bürgerliche Mehrheit sah es anders und riskiert mit ihrer Politik unnötige Konkurse.

Weiter unterstützt die SP Obwalden das Anliegen von Daniel Windisch (CSP), welcher mit seiner Motion zurecht darauf hinweist, dass das Kriterium des minimalen Finanzbedarfs für einige Unternehmen nicht die nötige Hilfe verspricht. Für die SP Obwalden ist klar, dass sich die Höhe der Hilfe für unser Gewerbe an den Umsatzeinbussen sowie der ungedeckten Fixkosten stärker orientieren muss. Auch hier lohnt sich der Blick in andere Kantone, wo pragmatische Pauschalansätze dafür sorgen, dass die dringend benötigte Hilfe bei allen Betroffenen ankommt. Allein diese Motion wurde angenommen.

Schliesslich wiederholt die SP Obwalden ihre Kritik zur Aufteilung der Hilfeleistungen in A-fonds-perdu-Beiträge und Darlehen. Gerade Branchen mit tiefen Gewinnmargen sollen nicht durch Schulden weiter belastet werden. Die SP Obwalden setzte sich dafür ein, leider erfolglos, dass die Hilfeleistungen zu 100% aus A-fonds-perdu-Beiträgen bestehen. Es ist davon auszugehen, dass viele Unternehmen die Kredite nicht zurückzahlen können.

Weitere Auskünfte:

Benjamin Kurmann, Präsident SP Obwalden
E-Mail: benjamin@kurmail.ch
Mobil: 077 475 15 69